

Für die Vielen. Im Gornheimertal, Überwald & Neckartal.

Zeitung der SPD Bergstraße zur Bundestagswahl am 26. September

www.spd-bergstrasse.de

OLAF SCHOLZ gemeinsam mit SVEN WINGERTER



Aus Respekt. Für die Vielen.

Sven Wingerter kandidiert für das Direktmandat im Kreis Bergstraße.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, bei der Bundestagswahl am 26. September trete ich als Direktkandidat für unseren schönen Kreis Bergstraße an. Damit folge ich unserer langjährigen Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht.

Meine Motivation ist es, Politik für die Vielen zu machen. Für Beschäftigte und Senioren genauso wie für junge Familien und für engagierte Menschen, die sich für den Klimaschutz, für ein progressives, starkes und soziales Europa, für Demokratie und Vielfalt einsetzen. Eine Politik, die Menschen nicht gegeneinander ausspielt, sondern ihre individuelle Leistung und ihre Lebensstile in einer solidarischen Gesellschaft respektiert.

Mein Sinn für soziale Gerechtigkeit ist stark durch meine Eltern geprägt: Die Überzeugung, dass Sozialdemokratie sowie Gewerkschaften zusammengehören und „für uns kleine Leute“ da sind, war vor über 20 Jahren mein Antrieb,

in die SPD einzutreten. Sie ist seitdem das Hauptmotiv meiner politischen Arbeit.

Als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Kreis Bergstraße stehe ich für eine klar erkennbare arbeitnehmerorientierte Politik. Dabei ist es mir wichtig, verschiedene Interessen zu gemeinsamen Zielen zusammenzuführen. Denn Beschäftigte dürfen sich nicht spalten lassen.

Echte Wertschätzung für die tägliche Arbeit erfordert anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Das ist meines Erachtens die Grundlage eines Wohlstands für alle. Wer gearbeitet hat, muss auch im Alter den gewohnten Lebensstandard halten können. Wir benötigen eine dauerhaft stabile und sichere Rente für jeden. Arbeit muss wieder den Wert bekommen, den sie verdient. Und sie darf ihren Wert im Alter nicht verlieren!

Eine unsere größten gesellschaftlichen Herausforderungen ist die

Bewältigung der menschengemachten Klimakrise. Doch wenn das gelingen soll, dann müssen wir auch alle mitnehmen. Soziale Konsequenzen müssen von Beginn an mitgedacht werden. Klimaschutz muss bezahlbar sein. Klimakrise, Digitalisierung oder Corona-Pandemie: Die Herausforderungen der Zukunft erfordern klare Antworten. Mit einem klaren Profil für gute Arbeit und soziale Sicherheit – verbunden mit einem konsequenten Klimaschutz in einem starken Europa.

Um diese Ziele aktiv mitgestalten zu können, bitte ich Sie um Ihre Stimmen: für mich als Direktkandidat und für die SPD.

Wählen Sie mit mir einen engagierten Kommunalpolitiker und Vertreter für unsere Odenwälder Interessen in Berlin!

Vielen Dank!

Ihr Sven Wingerter

Grußwort

Zur Bundestagswahl beide Stimmen für die SPD



Karin Hartmann,
Mitglied d. hessischen Landtags

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die SPD-Bundestagsfraktion hat in der letzten Wahlperiode auch als Juniorpartner vieles umgesetzt. Mit Olaf Scholz haben wir einen Kanzlerkandidaten, der mit Sachverstand und Respekt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gewährleistet, - u.a. mit einem sozial ausgewogenen Klimaschutz, stabilen Renten, einem höheren Mindestlohn, einer Kindergrundsicherung und einer besseren Bezahlung der Pflegekräfte.

Unser SPD Bundestagskandidat Sven Wingerter, der die hervorragende Arbeit von Christine Lambrecht fortsetzen will, steht für eine „Politik für die Vielen“ im Kreis Bergstraße. Als DGB Vorsitzender, Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneter ist er in der Region verwurzelt. Er kennt er die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger und wird sich engagiert dafür einsetzen, dass der Odenwald nicht „abgehängt“ wird.

Deshalb bitte ich Sie um beide Stimmen für die SPD.

Ihre Landtagsabgeordnete
Karin Hartmann

„Der Odenwald darf nicht abgehängt werden“

SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis Bergstraße, Sven Wingerter im Gespräch mit den Bürgermeistern der Region

Odenwald. So unterschiedlich die Odenwald-Gemeinden auch sein mögen, die Bürgermeisterin und Bürgermeister eint eines: Sie möchten sich nicht von oben reinreden lassen, wofür sie ihr Geld ausgeben sollen. Doch das passiert viel zu oft. Bundes- oder Landesgesetze werden erlassen, ohne dafür alle notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. SPD-Bundestagskandidat Sven Wingerter wurde bei seinen Gesprächen in den Orten immer wieder mit dieser Klage konfrontiert.

Das beste Beispiel hierfür sind der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und das Gute-Kita-Gesetz. Im Kern sehr gute Vorhaben, die Wingerter ausdrücklich begrüßt und die auch von der SPD angestoßen wurden. Allerdings erfuhr er bei seinen Besuchen, etwa in Gorxheimertal bei Uwe Spitzer, in Abtsteinach bei Angelika Beckenbach, in Grasellenbach bei Markus Röth und in Wald-Michelbach bei Dr. Sascha Weber, dass die Gemeinden mit den finanziellen Nachwirkungen zu kämpfen haben.

„Es ist gut, dass die Standards verbessert werden“, meinte etwa Weber. Aber die Folgekosten bleiben bei den Kommunen hängen, die sowieso schon am Rande der finanziellen Belastbarkeit sind. Er mahnte das Konnexitätsprinzip an. Das Prinzip ist einfach: „Wer bestellt, bezahlt“. Und das tut der Bund in letzter Konsequenz eben nicht. Der Bürgermeister lobte zwar die in Berlin vorgenommenen Entlastungen für die Städte und Gemeinden. Nur: Das Geld kommt nicht direkt bei diesen an, „sondern versickert in Hessen bei

der Landesregierung“.

Kollege Uwe Spitzer aus Gorxheimertal brachte es auf den Punkt: „Die Finanzierung vom Bund muss durchgeregelt sein“, forderte er. Das Geld muss 1:1 bei den Kommunen eintreffen und nicht „beim Land nochmal durchgeschüttelt werden“, damit es nur in Form von Förderprogrammen abrufbar ist.

Mit den aktiven Kernbereichen und den Nationalen Projekten des Städtebaus gibt es im Überwald jedoch zwei Erfolgsprojekte, für die der Bund verantwortlich zeichnet, erläuterte Weber. Viele Mittel flossen dadurch in die Region. Weber gab dem SPD-Kandidaten mit auf den Weg, nach der Wahl die Belange des Odenwalds in Berlin zu vertreten. Ihm ist es wichtig, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen.

Auch dem Kollegen Röth in Grasellenbach ist dies seit jeher ein großes Anliegen. Wasser- und Abwassergebühren sind seinen Worten zufolge für eine „Modellfamilie“ in zersiedelten Räumen deutlich teurer als im Verdichtungsraum. Denn bei Wasser und Kanal muss die Gemeinde mit enormen Kosten aufgrund der langen Leitungen kämpfen.

Der Bürgermeister nannte als Beispiel die CO₂-Bepreisung, die in ländlichen Regionen viel härter zuschlägt als in der Stadt. Denn die Menschen, auch im Überwald, sind viel stärker auf den Individualverkehr angewiesen, da sie oftmals in die Metropolen zum Arbeiten pendeln. Gleichzeitig wünscht sich Weber einen größeren Fokus auf das Subsidiaritätsprinzip: Die Kommunen sollen selbst über die Dinge entschei-

den, die sie betreffen, ohne dass ihnen von oben etwas aufdiktiert wird.

Bei Röth rennt Weber damit offene Türen ein. Der dortige Bürgermeister spitzte seine Worte noch etwas zu. Mit den Worten „Warum mischt sich der Bund ständig in Angelegenheiten ein, die ihn nichts angehen?“ wies er darauf hin, dass beispielsweise die Kinderbetreuung eigentlich Ländersache ist.

Röth spricht vom „Förderzirkus“ bei Landes- und Bundeszuschüssen. Die dadurch ausgelöste Bürokratie bezeichnet der Hammelbacher sarkastisch als ein „einzigartiges Arbeitsbeschaffungsprogramm bei hoher Arbeitslosigkeit“. Das Gemeindeoberhaupt wies außerdem auf die zunehmende Komplexität im Planungsrecht hin. Wenn Städte und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen sollen, „dann brauchen sie auch das Geld dafür und die personelle Ausstattung“, forderte Wingerter ergänzend.

Förderprogramme und Vergaberegulungen wurden auch von Rathauschefin Beckenbach in Abtsteinach angesprochen. Es ist ein generelles Problem, meinte der SPD-Kandidat, dass jahrzehntelang überall eine „schlanke Verwaltung gepredigt wurde“ und Stellen abgebaut wurden. In der Konsequenz, bedauerte er, muss heute vieles an externe Büros vergeben werden. Dadurch würden viele Aufgaben sehr viel teurer. Der Bundestagskandidat bezeichnete das als „eine Folge neoliberaler Sparpolitik“.

Der SPD-Bundestagskandidat stellte fest, dass Investitionen im Wasser-/Abwasser-Bereich in vielen Kommunen ein Dauerthema sind. „Dabei sind gerade das Grundbestandteile der Daseinsvorsorge“, hob er hervor. Es darf nicht sein, so der Wald-Michelbacher, „dass die Gemeinden hier allein gelassen werden“. Erst recht nicht vor dem Hintergrund, dass es bei der notwendigen Sicherung der Infrastruktur in den Odenwaldgemeinden teilweise einen viel höheren Aufwand als anderswo gibt.

Ein Gesprächsthema zwischen Wingerter und Spitzer waren außerdem die kommenden Herausforderungen für die Gemeinden. Gerade vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung zeigte der sich als Freund größerer Organisations-Einheiten, denn die neueste EDV „kann sich nicht jede Kleinstgemeinde leisten“.



Markus Roth, Grasellenbach und Bundestagskandidat Sven Wingerter



Uwe Spitzer, Gorxheimertal



Angelika Beckenbach, Abtsteinach



Dr. Sascha Weber, Wald-Michelbach

„Wir müssen die Kümmerer sein“

Interview mit Sven Wingerter – Erststimmen-Kandidat der SPD Bergstraße

DU TRITTEST DIE NACHFOLGE VON CHRISTINE LAMBRECHT ALS SPD-BUNDESTAGSKANDIDAT IM KREIS BERGSTRASSE AN. WIE FÜHLST DU DICH DAMIT?

WINGERTER: Erst einmal überwältigt. Diese Aufgabe ist eine große Ehre für mich. Der Einsatz für gute Arbeit, soziale Sicherheit, für ein gutes Leben – das ist meines Erachtens der Dauerauftrag für jede sozialdemokratische Partei. Die Herausforderungen mögen sich ändern: Klimakrise, Digitalisierung oder jetzt die Corona-Pandemie. Doch gerade solche Prozesse erfordern sozialdemokratische Politik. Das ist eine enorme Verantwortung. Und ich freue mich, dafür das Vertrauen erhalten zu haben.

WIE WILLST DU ERFOLGREICHEN WAHLKAMPF GESTALTEN?

WINGERTER: Sigmar Gabriel hat einmal gesagt: Wir müssen dahin, wo es brodelte, riecht und stinkt. Dahin, wo es anstrengend ist. Für mich als Gewerkschaftler ist das selbstverständlich. Ich will nicht „von oben herab“ erklären, was gut für die Leute ist. Vielmehr genau umgekehrt: die Menschen aus den Betrieben, den Unternehmen, den Firmen genauso ernst nehmen wie die Familien mit Kindern, die Jugendlichen und die Senioren. Wir müssen die Kümmerer sein, die sich der konkreten Probleme der Menschen annehmen und dafür echte Lösungen gemeinsam entwickeln. Wahlkampf wird dann erfolgreich, wenn wir erfolgreiche Politik machen und uns dieses Vertrauen erarbeitet haben.

„POLITIK FÜR DIE VIELEN, STATT NUR FÜR DIE WENIGEN“, LAUTET DEIN ZENTRALES MOTTO. WIE WILLST DU ES MIT LEBEN FÜLLEN?

WINGERTER: Es gibt einen enormen Mangel an gegenseitigem Respekt, an Wertschätzung für das, was im Alltag und im Leben geleistet wird. Bis in die politische Mitte hinein werden Menschen gegeneinander ausgespielt. Aufgrund der Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder der sexuellen Orientierung. Wir dürfen das nicht zulassen. Ob das nun die Facharbeiter, Ingenieure und Informatiker sind oder die

Handwerker, Erzieherinnen, Krankenschwestern, Pfleger oder Reinigungskräfte. Sie alle sind die vielen in unserer Gesellschaft. Die meisten von uns eint mehr als uns trennt. Als Leistungsträger. Als Menschen, die ähnliche Probleme haben. Mir geht es darum, gemeinsamen Interessen zu betonen und zu vertreten.

DU MÖCHTEST VERTEILUNGSFRAGEN UND STEUERGERECHTIGKEIT OFFENSIV ANZUGEHEN. WIE SEHEN HIERZU DEINE VORSTELLUNGEN AUS?

WINGERTER: Die soziale Ungleichheit in Deutschland hat inzwischen ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Einkommen und Vermögen sind extrem ungleich verteilt. Seit Jahren bekommt die große Mitte der Gesellschaft vom steigenden Wohlstand nicht mehr viel ab. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einkommen wieder stimmen. Es darf nicht sein, dass über 20 Mio. Menschen in sog. atypischer Beschäftigung arbeiten. Hier muss wieder Ordnung auf den Arbeitsmarkt, z. B. durch einen deutlich höheren Mindestlohn, durch allgemeinverbindliche Tarifverträge, durch die Abschaffung sachgrundloser Befristungen. Mies bezahlte Niedriglohnjobs darf es nicht mehr geben. Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss massiv zurückgedrängt werden.

Für die Steuerpolitik hat die SPD ein Konzept vorgelegt, mit dem wir durch höhere Freibeträge und eine Verschiebung der Grenzsteuersätze über 90 Prozent der Menschen entlasten. Ein gleichzeitig höherer Spitzensteuersatz betrifft nur einige wenige. Ein wichtiger Beitrag ist die Wiedererhebung der Vermögenssteuer – auch hier gilt: Betroffen sind überhaupt nur hohe Vermögen ab zwei Millionen Euro, bei Partnern und Ehepaaren vier Millionen Euro.

DER ERHALT VON ARBEITSPLÄTZEN UND KLIMASCHUTZ GEHÖRT FÜR DICH ZUSAMMEN: WIE WILLST DU DAS UNTER EINEN HUT BEKOMMEN?

WINGERTER: Klimaschutzpolitik ist Beschäftigungs- und Industriepolitik! Das Erneuerbare-Ener-

gien-Gesetz, maßgeblich entwickelt von Sozialdemokraten wie Hermann Scheer, war die erfolgreichste Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. In der Folge sind Hunderttausende Arbeitsplätze entstanden. Durch dezentrale, nachhaltige, saubere Energieversorgung entstehen flächendeckend gut bezahlte, hochqualifizierte neue Jobs; auch bei uns vor Ort im Handwerk. Wir müssen allerdings sicherstellen, dass bei dieser gewaltigen Transformation niemand verloren geht. Wenn wir die Unterstützung gut ausgebildeter Facharbeiter für den Klimaschutz wollen, dann müssen wir ihnen auch etwas anbieten. Wenn wir von Menschen verlangen, dass sie ihren Job wechseln, geht das nur mit Förderung von guter Arbeit, Weiterbildung und der Wertschätzung bisheriger Berufserfahrungen, der Qualifikationen und des Erhalts der zuvor erarbeiteten Lebensleistung.

WIE HAT DICH DEIN SCHON 20 JAHRE WÄHRENDES ENGAGEMENT FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE IN DER ENTSCHEIDUNG FÜR DIE KANDIDATUR GEPRÄGT?

WINGERTER: Zunächst wurde ich durch meine Familie geprägt,

überhaupt in die SPD einzutreten. Ich komme aus einfachen Verhältnissen. Da war klar: Die SPD ist „unsere“ Partei. Sozialer Aufstieg war mir nicht in die Wiege gelegt. Meine Eltern hatten zwar „nur“ einen Volksschulabschluss, aber ihr Leben lang gearbeitet. Respekt, Wertschätzung und soziale Gerechtigkeit kommen nicht von allein. Sie müssen erkämpft werden. Das geht nur durch politisches Engagement. In der Kommunalpolitik erlebe ich, wie sehr wir auf Bundespolitik angewiesen sind. Weil uns zum Beispiel notwendige Finanzausstattung für wichtige Investitionen fehlen. Infolge der Corona-Krise drohen uns enorme Probleme mit Blick auf Gastronomie und Einzelhandel, aber auch unsere Vereine und das kulturelle Leben. Das zeigt: Städte und Gemeinden müssen konsequent mitgedacht werden. Hier kann ich meine Erfahrung aus der Gemeindevertretung und dem Kreistag unmittelbar einbringen.

Mein Kontakt

-  www.svenwingerter.de
-  mail@svenwingerter.de
-  [@SvenWingerter.SPD](https://www.facebook.com/SvenWingerter.SPD)
-  [@svenwingerter](https://www.instagram.com/svenwingerter)



Zuhause im Kreis Bergstraße

ZU MEINER PERSON

- geboren am 19. Mai 1980 in Mannheim, erste Lebensjahre in Sandhofen
- seit 1986 wohnhaft in Wald-Michelbach (Ortsteil Aschbach)
- evangelisch, verheiratet mit meinem Mann Markus
- 1999 Eintritt bei den Jusos und in die SPD
- Abitur am Überwald-Gymnasium
- Magister Artium (M.A.) Politikwissenschaft und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Philipps-Universität Marburg
- Mobilitätsberater bei der Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation
- Hobbies: Kochen, Wandern (im schönen Odenwald genauso wie in den Alpen), klassischer Tanz, Klettern, Schwimmen, Lesen und Kino

MEIN EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

- 1999 Eintritt bei den Jusos und in die SPD
- Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD Bergstraße
- Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Kreis Bergstraße
- Landesehrenbrief Hessen für ehrenamtliches Engagement (seit 2017)

MEINE KOMMUNALPOLITISCHE ERFAHRUNG

- Gemeindevertreter Wald-Michelbach (seit 2003)
 - > Fraktionsvorsitzender
 - > Vorsitzender des Jugend-, Senioren-, Sport- und Kulturausschusses
- Kreistagsabgeordneter (2007–2021)
 - > Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar
 - > Fahrgastbeirat
 - > Jugendhilfeausschuss
 - > Kreisteilhabekommission
- Stellvertretender Ortsvorsteher Aschbach (2011 – 2021)



(links) gemeinsam mit Markus auf der 2.628m hohen Alpsitze,
(rechts) Rede zum 1. Mai bei der DGB-Kundgebung in Heppenheim



Wirsingröllchen mit Kastanien-Ricotta-Füllung

für 4 Personen

150 g gekochte Maronen
1 Wirsingkopf
1 Bio Orange
½ Stange Lauch
2 Knoblauchzehen
½ Bund Petersilie
250 g Ricotta
50 g Saure Sahne
1 Ei
150 g geriebenen Bergkäse
150 g Kartoffeln
1 EL Butter, 1 EL Öl
350 ml Gemüsebrühe
2 EL Crème fraîche
Gewürze: Salz, Pfeffer, Muskat

Maronen in kleine Würfel schneiden. Vom Wirsing den Strunk großzügig abschneiden und 12 schöne ganze Blätter abtrennen. Blätter waschen und etwas von der härteren Mitte flach abschneiden, damit die Blätter sich zusammenwickeln lassen. In einem großen Topf Wasser aufkochen und salzen. Die einzelnen Blätter etwa 5 Min. blanchieren. Anschließend mit kaltem Wasser abschrecken und abtropfen lassen.

Orangenschale mit einer Reibe fein abreiben. Lauch dünn schneiden.

Knoblauch & Petersilie fein hacken. In eine Schüssel Ricotta mit saurer Sahne, Ei und Käse verrühren. Maronen, Orangenschale, Lauch, Knoblauch und Petersilie untermischen. Die Masse mit den Gewürzen abschmecken.

Auf der Arbeitsfläche Wirsingblätter auslegen und 1 bis 2 Esslöffel der Ricotta-Füllung auf die Blätter geben. Zum Einrollen die Ränder nach innen klappen und dann aufrollen. Nähte mit Zahnstochern fixieren.

Kartoffeln schälen und würfeln. In einer Pfanne Butter und das Öl erhitzen. Die Wirsingröllchen darin von allen Seiten anbraten und herausnehmen. Im Bratfett die Kartoffelwürfel etwas schwenken. Dann Brühe dazugeben und Wirsingröllchen wieder hineinsetzen. Alles zugedeckt bei schwacher Hitze etwa 30 bis 40 Min. schmoren.

Anschließend die Röllchen aus dem Topf nehmen und warm stellen. Kartoffeln im Sud fein zerdrücken, Crème fraîche unterrühren und abschmecken.

Zum Servieren auf den Tellern die Sauce anrichten und darauf die Wirsingröllchen legen.



Kurpfälzer Zwiebelkuchen

für ein Blech

200 g Magerquark
400 g Mehl
4 Eier, 8 EL Öl, 6 EL Milch
7 Zwiebeln
40 g Margarine
300 ml saure Sahne
300 g Schinkenwürfel
300 g Käse (Emmentaler)
1 Päck. Backpulver, 1 EL Speisestärke
300 g Joghurt
Gewürze: Salz, Pfeffer, 1 EL Kümmel

Quark, Mehl, 1 Ei, Prise Salz, Öl, Milch und Backpulver zum glatten Teig verarbeiten und auf einem gefetteten Backblech ausrollen.

Zwiebeln in Scheiben schneiden und mit etwas Öl glasig dünsten. Erkalten lassen und mit Sahne, Joghurt und der weichen Margarine verrühren.

Schinken würfeln. Emmentaler in feine Streifen reiben. Restliche Eier verrühren. Zu den Zwiebeln dazugeben und nochmals vermischen. Mit Salz, Pfeffer und Kümmel gut würzen.

Den Belag auf dem Teig verstreichen und im vorgeheizten Backofen bei 200 Grad auf der mittleren Schiene 20-25 Min. backen.

mehr Rezepte auf
www.svenwingerter.de

Meine Ziele für die Region, in der wir leben

Investitionen für unsere Sportanlagen, Kitas, Schulen, Schwimmbäder, Bürgerhäuser, Feuerwehren und viele weitere soziale und kulturelle Einrichtungen sind direkt von Bundesförderung und einer besseren kommunalen Finanzausstattung abhängig. Unseren Kommunen muss dauerhaft mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

Infolge der Coronakrise sind große, zusätzliche Herausforderungen entstanden: in unserer lokalen Wirtschaft, der Gastronomie, dem Einzelhandel, aber auch bei unseren Vereinen und im kulturellen Leben.

Da Bundespolitik und kommunale Ebene eng miteinander verflochten sind, ist es wichtig, die Probleme und Themen vor Ort zu kennen und kommunalpolitische Erfahrung mitzubringen.

Ich denke unsere Städte und Gemeinden konsequent mit. In allen Regionen unseres Kreises – im Odenwald und im Neckartal genauso wie im Ried und an der Bergstraße. Die besondere Lage zwischen zwei Metropolregionen ist für uns zugleich Herausforderung und Chance.



„Die SPD wird immer meine politische Heimat sein“

Abschied der Bergsträßer Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht aus dem Bundestag (von Vera Rosigkeit www.vorwaerts.de)

Christine Lambrecht verlässt den Bundestag gerade jetzt, wo sie als Ministerin so viel gestalten kann. Etwas Wehmut sei da schon dabei, doch habe sie so viel zu tun, dass für die Wehmut keine Zeit bleibe, erklärt sie im Gespräch mit dem vorwärts.

23 Jahre lang Bundestagsabgeordnete, das bedeute „23 Jahre lang pendeln und Leben aus dem Koffer“. Christine Lambrecht hat entschieden, dass für sie „diese Art des Lebens einen Abschluss findet“. Die amtierende Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz, die seit Franziska Giffey's Rücktritt auch deren Amtsnachfolgerin als Bundesfamilienministerin ist, wird im September nicht mehr für den Bundestag kandidieren. Es sollen „in meinem Wahlkreis an der Bergstraße auch junge Leute eine Chance bekommen“, betont die Rechtsanwältin.

BESONDERER MOMENT: AUSSTIEG AUS DER ATOMKRAFT

Politisert in der Anti-Atomkraft-Bewegung konnte Lambrecht, die 1982 in die SPD eingetreten ist, 2001 als Bundestagsabgeordnete den Ausstieg aus der Atomenergie mitentscheiden. „Das war für mich schon ein ganz besonderer Moment“, erinnert sie. Zuvor als Kommunalpolitikerin tätig, lag ihr eine moderne Familienpolitik besonders am Herzen. „Das heißt für mich, dass die Menschen selbst entscheiden können, wie sie Familie gestalten“, erklärt sie.

In der Zeit, als sie in den Bundestag kam, sei das keine Selbstverständlichkeit gewesen. Damals gab es in Hessen noch „Kindergärten, die um 12 Uhr geschlossen haben“. Ganztagesbetreuung in den Schulen habe es genauso wenig gegeben wie Hortbetreuung für Kinder unter drei Jahren. In diesem Bereich habe sich enorm viel bewegt in diesem Land, weg aus einer „ziemlich vermiefen Politik“ in eine Richtung, „wie Familien das wollen und nicht so, wie sich das einzelne Politiker vielleicht vorstellen“, sagt Lambrecht. Als Beispiel für die enormen Veränderungen verweist sie auf den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, der mittlerweile sogar für unter Dreijährige gilt.

GESETZ GEGEN HASSKRIMINALITÄT UND RECHTSEXTREMISMUS IM NETZ

Wichtig ist ihr aber auch, dass sich Menschen nicht aus den sozialen Medien zurückziehen, weil sie Hass und Beleidigungen nicht mehr ertragen. Vielmehr müsse es möglich sein, hier genauso miteinander diskutieren zu können, wie im analogen Leben auch, sagt sie.

In ihre Amtszeit als Justizministerin fällt deshalb auch das Gesetz gegen Hasskriminalität und Rechtsextremismus im Netz. Für sie „eine klare Ansage an all diejenigen, die meinen, sie müssten Morddrohungen oder Volksverhetzungen aussprechen, dass diese Handlungen auch in den sozialen Medien strafbar sind“.

Enttäuscht hingegen ist Lambrecht darüber, dass es nicht gelungen ist, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. „Seit 30 Jahren wird dafür gekämpft und wir waren ziemlich weit in dieser Legislaturperiode“, bedauert sie. Die vielen konstruktiven Gespräche hätten am Ende weder bei der Union noch bei der Opposition gereicht, „um zu springen“. Für eine Grundgesetzänderung brauche es aber eine Zweidrittelmehrheit. Sie sei immer um einen Kompromiss bemüht gewesen, der deutlich mache, dass in Zukunft alle staatlichen Ebenen immer die Interessen von Kindern mitdenken müssen. Denn „Kinder haben eigene Bedürfnisse, sie sind keine kleinen Erwachsenen“, ist sie überzeugt.

PANDEMIE-EINSCHRÄNKUNGEN ALS BESONDERE ERFAHRUNG

23 bewegte Jahre liegen hinter Christine Lambrecht. Sie habe in dieser Zeit als Bundestagsabgeordnete ihren Sohn bekommen, ein besonderer Moment in ihrem Leben, sagt sie. Ein besonders schwieriger Moment hingegen sei damals für sie der Beschluss zum Afghanistan-Einsatz gewesen, ein Thema, das dieser Tage wieder an Aktualität gewinnt.

Besonders einschneidend für sie als Juristin seien allerdings die vergangenen 16 Monate gewesen. „Niemals hätte ich mir vorstellen können, dass ich so weitreichende Grundrechtseinschränkungen beschließen muss“, betont sie. Doch diese Pandemie habe es erforderlich gemacht in der Abwägung von Grundrechten und Schutz für Leben und Gesundheit. Lambrecht räumt ein, dass es immer wieder Überlegungen gegeben habe, ob diese Maßnahmen noch verhältnismäßig seien oder schon zu weit gehen könnten, weshalb eben auch stetig Veränderungen vorgenommen wurden.

SPD ALS POLITISCHE HEIMAT

Bei Tipps für ihren Nachfolger im Wahlkreis hält sie sich bewusst zurück. Sven Wingerter sei Anfang 40, jung, aber dennoch sehr erfahren, erklärt sie. Er gehe seinen Weg und das sei richtig so, denn von diesem Neuen gehe eben auch Veränderung aus. Sie selber gehe mit einem lachenden Auge, sagt Lambrecht. Ein bisschen Wehmut sei allerdings



Foto: Susie Knoll

Christine Lambrecht, MdB
Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz und seit Mai 2021 auch für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

auch dabei, gerade jetzt, wo sie als Ministerin so viel gestalten könne. Andererseits habe sie momentan so viel zu tun, dass für diese Wehmut keine Zeit bleibe.

Keine Zeit sei auch, um ihre berufliche Zukunft zu planen. Sie sei immer gut damit gefahren, das, was sie aktuell mache, so gut es nur geht zu machen, erklärt sie. „Über etwas Neues nachzudenken, ist dann im Anschluss geboten.“ Jetzt gehe es darum, ihre Aufgaben gut zu erfüllen. Dazu zählt Lambrecht auch einen engagierten Wahlkampf. Seit dem 16. Lebensjahr sei sie Mitglied der SPD, was zeige, dass sie immer ein politischer Mensch bleiben werde, das weiß sie sicher. „Und die SPD wird immer meine politische Heimat sein.“



Quelle: rechtes Bild: www.christine-lambrecht.de

(links) Christine Lambrecht mit ihrem Nachfolger Sven Wingerter als Direktkandidat und Silke Lüderwald als Listenkandidatin, (rechts) Lambrecht unterwegs mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

#EchtGerecht sind gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit

Gastbeitrag von Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen

In den letzten Jahren konnten wir beobachten, wie pandemiebedingte Verwerfungen am Arbeitsmarkt zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit geführt haben. Gute Arbeit und soziale Sicherheit wurden für viele Menschen mehr Wunsch als Wirklichkeit.

Schon vorher waren die Einkommen in Deutschland ungleich verteilt. Während der Krise waren aber vor allem die unteren Einkommensgruppen von starken Einbußen betroffen. Dies ist gerade in den Branchen mit relativ niedrigen Löhnen besonders offensichtlich. Viele Beschäftigte im Einzelhandel oder dem Hotel- und Gaststättengewerbe, waren selbst bei 80 Prozent Kurzarbeitergeld vom sozialen Abstieg bedroht. Auch prekär Beschäftigte, also befristete und geringfügig Beschäftigte, Menschen mit Werkverträgen oder in Leiharbeit – waren von negativen Corona-Auswirkungen betroffen. Die sozialen, wie auch wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie betreffen Personen mit niedrigem Einkommen und in prekären Beschäftigungsverhältnissen stärker. Hinzukommt, dass durch die Pandemie besonders

viele Arbeitsplätze für Geringqualifizierte weggefallen sind. So ist etwa der Anteil Erwerbsloser ohne Berufsabschluss in Hessen um 26 Prozent gestiegen.

Auch die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern hat sich verschärft. Dies ist zum Beispiel am pandemiebedingten Anstieg des Gender Time Gap sichtbar. Die Arbeitszeitlücke ist in etwa um weitere zwei Stunden pro Woche gestiegen, da Frauen ihre Arbeitszeit stärker reduziert haben als Männer. Alarmierend ist zudem, dass die Entgeltlücke durch die Pandemie wachsen könnte. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit haben für Frauen häufig negative Auswirkungen auf das Einkommen, da beides vom Nettoeinkommen abhängig ist. Dieses fällt bei Frauen in niedrigen Einkommensgruppen, auch aufgrund des Ehegattensplittings, oftmals wesentlich geringer aus.

Arbeit und Einkommen müssen wieder konsequent und lückenlos durch die Sozialversicherungen geschützt werden. Dafür braucht es einen armutssicheren Mindestlohn und eine Ausdehnung des Schutzes der Sozialversicherungen. Wichtig ist auch, dass prekäre

Arbeitsbedingungen zurückgedrängt werden sowie 450-Euro-Jobs und die sachgrundlose Befristung abgeschafft werden. Die Betriebskultur muss sich ändern, damit Gleichstellung Realität wird und tradierte Rollenmuster bei sorgebedingten Freistellungen verdrängt werden. Zudem müssen konsequent die Einkommen in sozialen und Sorgeberufen aufgewertet werden – Tarifpolitisch und gesetzlich flankiert.

Mehr soziale Gerechtigkeit braucht vor allem eine bessere Tarifbindung. Höhere Gehälter, Sonderleistungen, bessere Arbeitszeitregelungen, eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes und eine kleinere Entgeltlücke – all das ist auf gute Tarifverträge zurückzuführen. Um das durchzusetzen, organisieren sich Kolleginnen und Kollegen in starken Gewerkschaften. Die Bindung dieser Regelungen muss aber auch gesetzlich gestärkt werden. Eine Grundbedingung hierfür ist die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern. Auch dürfen öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen gehen, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen. Sonst



Foto: DGB / Martin Sehmisch
Michael Rudolph,
Vorsitzender des DGB-Bezirks
Hessen-Thüringen

untergräbt die öffentliche Hand die Tarifbindung selbst und fördert den Dumpingwettbewerb.

Es gibt also viel zu tun, um gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit Realität werden zu lassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die aktuellen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit in Deutschland führen.

Meine Ziele für gute Arbeit

- Tarifbindung stärken und ausweiten – für gute Löhne für alle
- Mindestlohn auf über 12 Euro anheben
- soziale Berufe und Dienstleistungsarbeit aufwerten
- Berufschancen junger Menschen mit einer Ausbildungsgarantie erhöhen
- betriebliche Mitbestimmung stärken und mehr Wirtschaftsdemokratie wagen
- Umbau Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung
- Anspruch auf Qualifizierung, Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen
- Arbeitszeitsouveränität und moderne Modelle der Arbeitszeitverkürzung
- geförderte Bildungszeit und Bildungsteilzeit
- prekäre Beschäftigung und Niedriglohnsektor zurückdrängen
- sachgrundlose Befristungen abschaffen
- Hartz IV überwinden und die Grundsicherung grundlegend überarbeiten
- sozialen Arbeitsmarkt ausbauen und weiterentwickeln

Unser Ziel ist Vollbeschäftigung mit guter Arbeit für alle, das heißt mit anständiger Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen. Denn das ist die Grundlage eines Wohlstands für alle. Arbeit bedeutet auch die Sicherung der Existenz. Für sich selbst und die Familie.

Diese Sicherheit gibt es nur, wenn man auch langfristig planen kann: Eine gute Wohnung finden, die Miete bezahlen, den Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen, den Lebensstandard im Alter sichern.

Die politische Förderung schlecht entlohnter und unsicherer Arbeit und damit die Entwertung menschlicher Arbeit muss ein Ende finden!

Mit der Digitalisierung unseres Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens und der voranschreitenden Klimakrise erwartet uns nicht weniger als eine neue industrielle Revolution. Auf die damit verbundenen Herausforderungen geben wir fortschrittliche Antworten und schaffen ein echtes Recht auf Arbeit.



**SVEN
WINGERTER**

„Der Sozialstaat als Partner“

von Dagmar Schmidt, MdB / Mitglied des SPD-Bundesvorstands

Die Corona-Pandemie wirkt wie eine Lupe – sie schärft den Blick für das, was gut ist und das, was besser werden muss. Gut ist: Unser Sozialstaat. Er bildet ein Netz, mit dem wir viele Menschen vor einem allzu starken Absturz schützen konnten. Es ist aber auch nicht erst seit der Corona-Pandemie klar: Er ist zuweilen kompliziert, voller undurchsichtiger Schnittstellen, intransparenter Leistungen und bürokratischer Hürden. Die letzte Sozialstaatsreform ist mehr als 15 Jahre her. Unsere Welt hat sich seitdem verändert.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben auf unserem Bundesparteitag im Dezember 2019 einen neuen Weg eingeschlagen: Wir wollen einen Sozialstaat schaffen, der von denen aus denkt, die ihn brauchen – und nicht von denen, die ihn missbrauchen könnten. Mit der Grundrente sind wir einen wichtigen Schritt gegangen. Alle Berechtigten erhalten sie unkompliziert und ohne Antrag. Wir wollen einen Sozialstaat als Partner, der das Leben leichter macht – und wollen den Zugang zum Sozialstaat erleichtern. Er soll auf den Grundgedanken

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fußen.

FREIHEIT:

Alleinerziehend, verheiratet, arbeitslos, im Schichtbetrieb arbeitend, reich oder arm – jeder Mensch hat seine ganz eigenen Startbedingungen, Chancen und Lebenslagen. Damit alle Menschen die Freiheit haben, selbst über ihren Lebensweg zu entscheiden, muss unser Sozialstaat da ausgleichen, wo es notwendig ist – zum Beispiel mit einer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung und starker sozialer Infrastruktur für ältere Menschen. Und er muss den Menschen vertrauen, statt ihnen zu misstrauen – denn jeder Mensch ist die Expertin oder der Experte für das eigene Leben.

GERECHTIGKEIT:

Arbeit ist zentral für die eigene Existenzsicherung. Sie schafft Teilhabe und Sicherheit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugt: Es ist genug sinnvolle und notwendige Arbeit für alle da. Deswegen wollen wir ein Recht auf gute Arbeit geben. Damit alle, die arbeiten können und wollen, dies auch können – mit einer gerech-

ten Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen. Mit einem Mindestlohn von mindestens zwölf Euro und guten Tarifverträgen. Mit dem Qualifizierungschancengesetz und dem Arbeit-von-Morgen-Gesetz sind wir erste Schritte gegangen und haben den Zugang zu Weiterbildung erleichtert.

SOLIDARITÄT:

In einer solidarischen Gesellschaft tragen starke Schultern mehr als schwache. In einer solidarischen Gesellschaft, gibt es einen Sozialstaat, der die Menschen einfach und aktiv in allen Lebenslagen unterstützt und so das Leben leichter macht. Wir wollen Hilfen aus einer Hand, statt einem Labyrinth an Zuständigkeiten – zum Beispiel mit einem Bürgerservice. Jeder und jede kann in eine Lage kommen, in der man Unterstützung braucht. Dafür soll es eine Pflegevollversicherung geben, die alle Leistungen abdeckt. Für kleine und mittlere Einkommen wird der Eigenanteil gedeckelt, damit niemand finanzielle Sorgen haben muss, wenn ein Pflegefall eintritt. Der Sozialstaat soll allen Menschen als Partner leicht und einfach zugänglich zur Seite stehen – ohne bürokratische Hürden.



Dagmar Schmidt im Gespräch mit Arbeitsminister Hubertus Heil

Meine Ziele für soziale Sicherheit

- Zukunftsinvestitionen in Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung, Gesundheit, Klimaschutz
- Steuergerechtigkeit herstellen: große
- Vermögen heranziehen, kleinere und mittlere Einkommen entlasten
- Einführung der Bürgerversicherung im Gesundheitssystem und einer Vollversicherung für die Pflege
- Stabilisierung der Rente nach dem Prinzip der Lebensstandardsicherung
- Entwicklung der gesetzl. Rentenversicherung
- zur solidarischen Erwerbstätigenversicherung unter Einbezug aller Beschäftigten
- echte Gleichstellung und Teilhabe für alle gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und gleiche Aufstiegschancen für alle
- Einführung der Kindergrundsicherung
 - > mit guten und beitragsfreien Kitas, Ganztagsangeboten, sozialer Infrastruktur für Kinder und Jugendliche, einem Recht auf Mobilität mit freier Fahrt in Bus und Bahn
 - > mit einem neuen, nach Einkommen der Familie gestaffelten Kindergeld

Wir stehen für einen modernen, starken und inklusiven Sozialstaat, der allen Menschen mit dem Respekt begegnet, den sie verdienen. Bei dem der erwirtschaftete Wohlstand allen ein gutes und sicheres Leben ermöglicht.

Ich möchte die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft und damit verbundene Armut überwinden. Damit alle die gleichen Chancen haben und ihre Lebensrisiken abgesichert sind, tragen alle solidarisch bei.

Für ein Sozialsystem, bei dem die Menschen wissen: Das, was man sich einmal erarbeitet hat, ist sicher.

Darum werden wir das Rentenniveau stabil halten. Eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters wird es mit uns nicht geben.

Wir brauchen eine Familienpolitik, die wirklich allen Kindern hilft. Wir wollen dafür sorgen, dass Männer und Frauen sich Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufteilen können, ohne finanzielle Einbußen zu erleiden. Mit individueller Förderung von Anfang an.

Bildung muss kostenlos sein, von der Kita bis zur Ausbildung oder Studium.



SVEN WINGERTER

„Die Energiewende muss schneller kommen“

Sven Wingerter im Gespräch mit der sozialdemokratischen Abgeordneten und Energiepolitikerin Dr. Nina Scheer

Mehr Schnelligkeit in der Klimaschutzpolitik: Das wünschte sich die Bundestagsabgeordnete Dr. Nina Scheer im Gespräch mit Sven Wingerter mit dem Untertitel „Wie die Energiewende gelingt“. Der Klimawandel ist menschengemacht, betonte Scheer. Deshalb können Menschen auch etwas dagegen tun. Sie betrachtete es als „ethische Aufgabe“, hier tätig zu werden. Auch wenn Deutschland nur einen geringen Bevölkerungsanteil gemessen an der ganzen Welt hat, ist es doch überproportional am CO₂-Ausstoß beteiligt, so Scheer. Deshalb kommt den Industrienationen eine besondere Verantwortung zu. „Ein aktives Tun oder Unterlassen färbt ab“, betonte sie die Vorbildfunktion.

Als Beispiel nannte die Politikerin das Erneuerbare-Energien-Gesetz, von ihrem Vater Hermann mit auf den Weg gebracht. Das hat „als Jahrhundertgesetz auf der ganzen Welt Aufmerksamkeit erregt“ und wurde oft kopiert. Scheer erwähnte als weiteren Grund, für einen beschleunigten Klimaschutz einzutreten, die Verknappung fossiler Energie. Die wachsende Weltbevölkerung sorgt ihren Worten zufolge dafür, dass die Energieversorgung kollabiert. „Ressourcen sind endlich.“ Ohne Umstieg auf erneuerbaren Energien und eine damit verbundene Versorgungssicherheit, hob sie hervor, ist eine friedliche Welt nicht mehr vorstellbar. Scheer betrachtete jede CO₂-Minderung als Erfolg. Man sollte sich nicht

demotivieren lassen, wenn gesetzte Ziele vielleicht verfehlt werden. Denn klar ist: „Es muss natürlich schneller gehen“.

Die Optionen für saubere Energie „sind heute da“, unterstrich die SPD-Bundestagsabgeordnete. Es ist deshalb eine Frage der Konsequenz, wie schnell der systemische Umstieg vorgenommen wird. Denn beim Klimawandel drohen Kippunkte, nach denen sich dieser exponentiell rascher vollziehen kann. Allerdings, bedauerte sie, gibt es nach wie vor viele Widerstände, etwa bei den Unionsparteien.

Als alternative Energie wird Scheer zufolge immer wieder eine längere Nutzung der Atomenergie ins Spiel gebracht. „Diesem Sturm der Diskussion müssen wir standhalten“, forderte sie. Denn ein Zurück „kann kein Weg sein“, meinte sie mit Blick auf die bevorstehende Abschaltung von Kern-

kraftwerken. Wer Atomenergie verlängern möchte, will in Wahrheit nur den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ausbremsen. Doch dieser Kampf um Machterhalt der großen Energiekonzerne ist brandgefährlich.

Die Eigenverantwortung beim Klimaschutz bezeichnete Scheer als „eine zweischneidige Sache“. Rahmenbedingungen müssten klimaschädliches Verhalten abbilden, betonte sie. Sonst kommt nicht ins Bewusstsein, dass Einsparungen und Umstieg fürs Gemeinwohl wichtig sind. Außerdem gibt es Regelungslücken. Alternativen gibt es bereits, „aber sie müssen wettbewerbsfähig sein“. Sie forderte mehr Anreize, dass klimafreundliche Produkte zu einem Wirtschaftsfaktor werden.

Da eine Mobilitätswende Teil der Energiewende sein muss, betonte Scheer die Rolle von Schiene und



Hybride Veranstaltung mit Diskussion vor Ort und gleichzeitig online



im Nachgang online Anschauen



Foto: Kai Treffan
Dr. Nina Scheer, MdB

Die Veranstaltung fand sowohl in Präsenz wie auch online statt. Der Stream kann auf YouTube angeschaut werden:

www.svenwingerter.de/ninascheer

ÖPNV als lebbare Alternative zum Autoverkehr. Deshalb gilt es, „massiv in eine höhere Taktung zu investieren“. Jedoch wird der Umbau der Infrastruktur nicht einfach sein. Es wird ihren Worten zufolge kritisch, „wenn es keine Alternativen gibt, sondern nur Verbote“.

„Die Menschheit wird immer Energie brauchen“, führte Scheer aus. Bei einem Umstieg werden Effizienz und Einsparung mitgedacht, erläuterte sie. Die Finanzierung dafür darf nicht zu kurz gegriffen sein, wünschte sich die SPD-Politikerin. Denn etwa Flutschäden müssen auch bezahlt werden. „Es wird nur noch schwieriger, wenn wir jetzt nicht handeln“, mahnte sie.

Meine Ziele für konsequenten Klimaschutz

- 100% erneuerbare Energien bis 2030
- Öffentliche Investitionen in Klimaschutzprojekte und Arbeitsplätze
- Fortführung und Ausweitung von Förderprogrammen
- Einsatz der Photovoltaik bei Neubauten auf jedem Dach und auf geeigneten Altbauten
- Förderung der Elektromobilität
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit mehr Investitionen in Schieneninfrastruktur und höherer Förderung von Bus und Bahn
- Ausbau des Umweltverbundes durch Förderung nachhaltiger Mobilitätskonzepte
- Weiterentwicklung einer wirksamen CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich
- Senkung des Strompreises / Abschaffung der EEG-Umlage

Gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit und eine gesunde Umwelt sind kein Gegensatz. Sie bedingen einander. Wir verstehen die Verbindung von Arbeit und Umwelt mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft als Industriepolitik. Das war schon immer unser sozialdemokratisches Alleinstellungsmerkmal.

Im Einsatz für den Klimaschutz, bei der Energiewende sind bereits über 500.000 hochwertige Arbeitsplätze entstanden. Es entsteht eine enorme Wertschöpfung, größtenteils regional und lokal – auch bei uns vor Ort.

SVEN WINGERTER



„Nur gemeinsam lässt sich alles bewältigen“

Europa-Staatsminister Michael Roth zu Gast in Bensheim

Der Mann ist ein überzeugter Europäer. Das spürt man mit jedem Wort. Michael Roth wirbt engagiert und leidenschaftlich für die Europäische Union – gerade jetzt in Krisenzeiten. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt und Spitzenkandidat der hessischen SPD bei der Bundestagswahl war auf Einladung von Sven Wingerter zu einem Sommerfrühstück zu Gast in Bensheim, um eine Lanze für ein „Starkes Europa“ zu brechen.

Michael Roth räumte mit dem Vorurteil auf, dass eine Übertragung nationaler Kompetenzen an die EU ein Verlust wäre: „Keinem wird was weggenommen, wenn Europa größer wird“, betonte er. Im Gegenteil: „Wir gewinnen eher politischen Gestaltungsbedarf zurück, die der Nationalstaat nicht mehr hat.“ Denn Globalisie-

rung und Klimaschutz funktionieren für ihn nur grenzenlos. Für China mit seinen 1,4 Milliarden Einwohnern ist Deutschland genauso ein kleiner Fisch wie Luxemburg, machte er klar. Da zählen nur größere Einheiten.

Solidarität zählt auch in der aktuellen Corona-Krise. „Da kommen wir nur gemeinsam raus“, erklärte Roth. Er verband dies mit dem eindringlichen Aufruf, sich impfen zu lassen. Da die Impf-Kampagne inzwischen in Europa läuft, gilt es nun dafür zu sorgen, „dass auf der ganzen Welt die Menschen geschützt sind“.

Das ist auch im eigenen Interesse Deutschlands, denn „wir können uns keine Armutsinsel in Europa erlauben“. 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU-Partnerländer. „Wenn es

denen schlecht geht, hat das unmittelbare Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze“, wies der Staatsminister neben dem gesundheitlichen Aspekt auf wirtschaftliche Interessen hin.

Klimapolitik lässt sich ebenfalls nicht nur national lösen. Und: Sie darf nicht nur über den Preis funktionieren. Der klimaneutrale Umbau „muss sozial gerecht erfolgen“, betonte er. Das bedeutet: Die Menschen müssen neue, sichere Arbeitsplätze finden, wenn bestimmte Branchen im Zuge der Energiewende wegfallen.

Dieser Wandel, erläuterte Roth, „geht nur in der Europäischen Union“. Aber: Wer Geld will, muss sich an die demokratischen Spielregeln halten, machte der hessische SPD-Spitzenkandidat klar. „Es gibt keine politischen Rabatte“, erteilte er den Orban und Kaczynskis eine Absage. Eigene Modelle lassen sich jedoch nicht exportieren, musste die Staatengemeinschaft schmerzhaft in Afghanistan erfahren.

Dort gilt es vor jeder Diskussion darüber, wer was wann wusste, „erst einmal Menschenleben zu retten“, setzte er die Prioritäten richtig. „Wir können jetzt nicht über Bürokratie reden.“ Wenn jetzt davon gesprochen werde, dass der Abzug zu schnell geschah, müssten sich all diejeni-



im Nachgang
online Anschauen



Michael Roth, MdB
Staatsminister für Europa
im Auswärtigen Amt

Die Veranstaltung wurde
aufgezeichnet und kann auf
YouTube angeschaut werden:

[www.svenwingerter.de/
michaelroth](http://www.svenwingerter.de/michaelroth)

gen, wie die Grünen, an die Nase fassen, die ihn im Frühjahr noch sofort gefordert hatte, aber jetzt lamentierten.

Der SPD-Politiker wandte sich in seinen Worten ebenfalls an die Flutopfer in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. „Ihr seid nicht vergessen“, rief er diesen zu. Gerade wurde ein 30-Milliarden-Euro-Hilfspaket beschlossen, um die Kommunen zu unterstützen. Auch hier geht es wieder um Solidarität, schloss Roth den Kreis. „Wir sind eine Welt“, sagte er. „Wir können nur gemeinsam den menschengemachten Klimawandel aufhalten.“



Engagiert für ein starkes Europa: Michael Roth

Meine Ziele für ein Starkes Europa

- eine einheitliche Mindestbesteuerung, so dass sich kein international tätiges Unternehmen mehr an einer gerechten Besteuerung vorbeimogeln kann
- Standards für soziale Mindestsicherungssysteme
- ein europäischer Mindestlohn
- eine Arbeitslosenrückversicherung
- ein „European Green Deal“ für eine moderne, klimaneutrale Gesellschaft und Wirtschaft

Da eine gemeinsame europäische Politik nach wie vor maßgeblich von ihren nationalen Mitgliedsstaaten geprägt und gestaltet wird, gehört Europapolitik für mich zwingend in den Bundestagswahlkampf.

Die SPD ist nicht zuletzt auch deshalb meine Partei, da sie schon 1925 nationalstaatliche Engstirnigkeit überwinden wollte und sich für

ein vereinigtes Europa eingesetzt hat. Die großen Herausforderungen unserer Zeit machen umso deutlicher, warum wir ein starkes, gemeinsames und solidarisches, ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa benötigen.

Wir wollen, dass auch die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Europäerinnen und Europäer verbessert werden.

Es ist Zeit, nach Einführung des europäischen Binnenmarkts sowie der Wirtschafts- und Währungsunion auch die soziale Union Europas zu vervollständigen. Europa darf nicht rein auf wirtschaftlichen Interessen aufgebaut sein.

**SVEN
WINGERTER**



„Lasst uns gemeinsam unser Land noch besser machen“

Interview mit Olaf Scholz (das vollständige Interview gibt es hier: Für Dich. Zeitung für Wählerinnen und Wähler. Herausgegeben vom SPD-Parteivorstand.)

HERR SCHOLZ, SIE WOLLEN BUNDESKANZLER WERDEN. WARUM, WAS TREIBT SIE AN?

Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Der nächste Kanzler, die nächste Kanzlerin muss die nötige Kompetenz für diese Aufgaben mitbringen. Mit meiner Erfahrung und all meiner Kraft möchte ich mich für dieses Land, für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

WAS FÜR HERAUSFORDERUNGEN MEINEN SIE?

Noch hat unser Land mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie und den Folgen des dramatischen Hochwassers zu tun. Für mich ist klar: Wir müssen besser darin werden, mit solchen Krisen umzugehen.

Die steigende Zahl von Wetterextremen zeigt, wie stark uns der Klimawandel jetzt schon zu schaffen macht. Deshalb ist der Kampf gegen den Klimawandel ein ganz zentrales Thema. Deutschland steht vor einer zweiten industriellen Revolution. 250 Jahre basierte unser Wohlstand auf der Nutzung von Kohle, Gas und Öl. Nun wollen wir in nicht mal 25 Jahren komplett klimaneutral werden. Dafür müssen wir in den nächsten beiden Jahren alle Weichen stellen, damit das hinhaut und unsere Industrie planen kann.

WAS HEIßT DAS KONKRET?

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien, also bei Windkraft auf See und an Land sowie bei der Solarenergie müssen wir richtig Tempo machen. Wenn unsere Industrie 2045 wirklich klimaneutral wirtschaften soll, brauchen wir viel mehr Strom als heute, weil beispielsweise chemische Prozesse dann elektrisch laufen müssen, die bislang mit Erdöl oder Erdgas funktionieren. In 30 Jahren wird allein die Chemie-Industrie so viel Strom benötigen wie Deutschland heute insgesamt. Es braucht also einen klugen Plan und die Kompetenz, ihn durchzusetzen.

UND WIE SIEHT DIESER PLAN AUS?

Wir brauchen mehr Windräder, an Land und vor allem auf hoher See, und mehr Solardächer. Aber eben

auch Stromleitungen aus dem Norden in den Süden und Westen, damit der Strom von den Windrädern auch in die Steckdose kommen kann. Außerdem müssen die sogenannten Verteilnetze, also die lokalen Stromnetze, so ausgebaut werden, dass sie auch gut funktionieren, wenn in einer Straße mehr als drei Elektroautos gleichzeitig aufgeladen werden.

DAS KLINGT NACH VIEL ARBEIT...

Vor allem müssen wir diese Schritte jetzt ganz schnell gehen, weil der zuständige Wirtschaftsminister das in den letzten Jahren völlig vernachlässigt hat. Es braucht eine Bundesregierung, die das jetzt beherzt angeht. Klimaschutz muss Chefsache werden. Zaudern und Zögern hilft nicht, und Wischiwaschi auch nicht. Deutschland muss jetzt Leitungen planen, genehmigen, bauen. Ich möchte, dass Deutschland auch noch in 20 oder 30 Jahren Industrieland ist mit guten und gut bezahlten Arbeitsplätzen.

IHRE PARTEI, DIE SPD, PLAKATIERT JETZT IM WAHLKAMPF OFT „AUS RESPEKT FÜR DICH“. WAS IST DAMIT GEMEINT?

Das ist mir persönlich sehr wichtig. Ich möchte, dass wir uns als Gesellschaft gegenseitig mit Respekt begegnen. Niemand sollte sich für etwas Besseres halten, und niemand sollte diskriminiert werden. Egal, was man gelernt hat, in welchem Beruf man arbeitet, wie viel Geld man verdient, wo man herkommt oder in welchem Viertel man wohnt. Niemand sollte auf andere herabblicken ...

... „NIEMAND SOLLTE AUF ANDERE HERABBlickEN“ KLINGT ERST MAL GUT...

Ja, das dürfen aber keine leeren Worte sein. Respekt zeigt sich auch ganz praktisch, etwa bei vernünftigen Löhnen. Ich finde, dass in Deutschland oft zu wenig Geld mit ordentlicher Arbeit verdient wird. Das ist zunächst natürlich eine Frage von Tariflöhnen, für die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zuständig sind. Aber es gibt sehr, sehr viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen Tarifverträge



Foto: Thomas Köhler

Olaf Scholz ist Bundesfinanzminister und SPD-Bundeskandidat

nicht gelten, das muss besser werden. Viele Beschäftigte verdienen oft so wenig, dass es einfach unanständig ist.

WAS WOLLEN SIE DAGEGEN TUN?

Ich will den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde anheben. Für fast 10 Millionen Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies eine Lohnerhöhung. Das will ich in meinem ersten Jahr als Kanzler durchsetzen. Denn angesichts der Mieten in vielen Städten kommt man mit einem so geringen Lohn kaum klar. Es kann doch nicht sein, dass jemand, der oder die 45 Jahre lang jeden Tag arbeiten geht und Vollzeit arbeitet, am Ende trotzdem auf staatliche Unterstützung angewiesen ist oder aus seiner Wohnung verdrängt wird und nicht von der eigenen Rente leben kann. Das ist nicht richtig. Das sehen übrigens auch viele so, die selbst gar nicht davon betroffen sind. Weil es Ausdruck von Respekt ist, aber auch, weil von einem höheren Mindestlohn unterm Strich die ganze Gesellschaft durch höhere Kaufkraft profitiert.

SIE HABEN ZWEI STICHWORTE GENANNT: BEZAHLBARES WOHNEN UND RENTE. UM MAL MIT DEM WOHNEN ANZUFANGEN – WAS IST IHR PLAN, UM DEN WOHNUNGSMANGEL ZU BEKÄMPFEN?

Wir brauchen vor allem mehr Wohnungen. In den 1970ern haben wir in Deutschland mal 800.000 Wohnungen in einem Jahr gebaut – 700.000 im Westen,

100.000 im Osten. Jetzt schaffen wir gerade einmal 300.000. Das reicht nicht. Ich will, dass es Jahr für Jahr mindestens 400.000 neue Wohnungen gibt, davon 100.000 sozial gefördert – so viele werden gebraucht, deshalb müssen es so viel werden. In Hamburg habe ich seinerzeit als Bürgermeister ein riesiges Wohnungsbauprogramm organisiert. Das brauchen wir im ganzen Land. Je mehr Wohnungen es gibt, desto weniger werden Mieten und Kaufpreise steigen. Aus das nutzt wieder allen. Bis es soweit ist, soll es ein Mietmoratorium geben, damit die Mieten nicht stärker steigen als die Inflation.

DAS ZWEITE STICHWORT: RENTE. WIE SIEHT ES DAMIT AUS?

Mit mir als Kanzler gibt es eine doppelte Rentengarantie: Das Renteneintrittsalter wird nicht weiter angehoben und das Rentenniveau bleibt stabil. Das betrifft übrigens vor allem die jüngeren Leute. Wer mit 17 Jahren zum Beispiel ins Berufsleben einsteigt und dann viele Jahrzehnte Rentenbeiträge zahlt, der soll sich darauf verlassen können, dass das funktioniert. Dieses Zukunftsversprechen ist der Staat den Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Es ist bezeichnend, dass CDU und CSU dazu in ihrem Wahlprogramm gar nichts sagen. Und es gibt viele Stimmen aus diesen beiden Parteien, die das gesetzliche Renteneintrittsalter weiter erhöhen wollen. Und sie nehmen in Kauf, dass das Rentenniveau sinkt. Das hat wenig mit Respekt zu tun.

„Die Gemeinden brauchen mehr Luft zum Atmen“

Antrittsbesuch des SPD-Kandidaten bei Bürgermeister Herold Pfeifer: Kommunale Finanzen stehen im Mittelpunkt

Neckarsteinach. Das liebe Geld: Immer beschäftigt es die Bürgermeister der Gemeinden. Gerade kleinere Kommunen können ein Lied davon singen, dass es nie reicht und Haushalte chronisch unausgeglichen sind. Kein Wunder, dass die Finanzen beim Antrittsbesuch des Bergsträßer Bundestagskandidaten bei Neckarsteinachs Bürgermeister Herold Pfeifer – stellvertretend fürs hessische Neckartal – im Mittelpunkt standen.

Zwar ist hauptsächlich das Land Hessen zuständig, wenn es um die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden geht, sagte Wingerter. Jedoch ist mit bestimmten Beschlüssen auch der Bund mit im Boot, wenn diese Folgewirkungen haben. Beispiel Gute-Kita-Gesetz: „Da bin ich stolz darauf. Es ist ein großer SPD-Erfolg, dass Kinder ab dem ersten Lebensjahr betreut werden können“, betont der Wald-Michelbacher.

Auf der anderen Seite wiederum zieht es einen Rattenschwanz nach sich, denn die Betriebskosten bleiben vor Ort hängen. Dafür gibt's kein Geld. Was eine große Belastung für die kommunalen Haushalte bedeutet. Wingerter Forderung: „Die Gemeinden müssen finanziell entsprechend ausgestattet werden.“ Beide waren sich einig: „Wer bestellt, muss auch bezahlen.“

Hier hakte Pfeifer ein: Ohne die Kosten für die Kinderbetreuung „könnten wir über einen ausgeglichenen Haushalt reden“. So aber gibt es in diesem Bereich ein Defizit im höheren sechsstelligen

Bereich. Was vom Land an Zuschüssen kommt, ist seinen Worten zufolge „ein Tropfen aus den heißen Stein“. Deshalb ruft der Bürgermeister dazu auf, dass sich die Kommunen zusammenschließen „und auf die Straße gehen“.

Er vergleicht die Situation mit der Beratung über den kommunalen Finanzausgleich (KFA) vor einigen Jahren. Damals brachte Pfeifer den Wechsel des Bundeslandes nach Baden-Württemberg ins Spiel. „Ein Hilferuf“, sagt er rückblickend, um auf die Unterfinanzierung in Hessen aufmerksam zu machen. Aktuell, nicht nur vor dem Hintergrund der Einnahme-Ausfälle durch die Corona-Pandemie, sieht der wieder die Zeit zum Handeln gekommen.

Die Hilfen des Bundes zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle kamen an, bestätigt der Bürgermeister die Frage des Bundestagskandidaten. Der Magistrat half im Rahmen seiner Möglichkeit darüber hinaus auch unbürokratisch vor Ort. Allerdings sieht Pfeifer noch nicht das Ende der Fahnenstange bei der Unterstützung gekommen: „Corona ist noch nicht vorbei.“

Die Barrierefreiheit von Bushaltestellen, vom Bund gesetzlich festgeschrieben, ist für die beiden Kommunalpolitiker ein ähnliches Beispiel dafür, wie etwas eigentlich Sinnvolles vom Bund beschlossen, aber nicht für die komplette Finanzierung gesorgt wird. Pfeifer lässt an den vielfältigen Förderprogrammen kein gutes Jahr: „Noch ein Zuschuss und wir sind pleite“, meint er mit einem Augenzwinkern.



Sven Wingerter beim Rundgang mit Herold Pfeifer in Neckarsteinach

Gerade kleinere Verwaltungen können die Vorarbeit gar nicht leisten, um in sehr kurzer Zeit umfangreiche Förderanträge zu arbeiten, hakt Wingerter hier ein. „Mitarbeiter am Rande des Nervenzusammenbruchs“, ergänzt Pfeifer plastisch. Will die Stadt einen Förderantrag stellen, „braucht es zwei Büros, um den zu erarbeiten“. Seine Forderung: „Das muss man entbürokratisieren und verschlanken“. Es sind zwar genug Fördermittel da, aber es ist sehr kompliziert dranzukommen.

Wingerter mit seinem reichen kommunalpolitischen Background aus 18 Jahren Tätigkeit als Gemeindevertreter in Wald-Michelbach und 14 Jahren im Bergsträßer Kreistag bekräftigt: „Ich will die Interessen der Städte und Gemeinden vertreten.“ Denn er sieht viele Gemeinsamkeiten bei den Problemen und Herausforderungen. Als Überwinder hat er gerade die kleineren Orte im Blick, „die gern mal vergessen werden“. Er weiß, wo der Schuh drückt, was zu tun ist, damit eine Gemeinde

mehr Luft zum Atmen hat.

Das hessische Neckartal, betont er, „darf nicht zwischen den Bundesländern aufgerieben werden“. Der Bundestagskandidat weiß, dass im Kreis Bergstraße und auch im Land teilweise gar nicht bekannt ist, dass es mit Hirschhorn und Neckarsteinach zwei hessische Städte am eigentlich baden-württembergischen Neckar gibt. Die Grenzlage bringt laut Pfeifer des Öfteren Vergleiche der Bürger mit dem Nachbarbundesland mit sich, bei denen Neckarsteinach den Kürzeren zieht. Denn „manches gibt es in Hessen gar nicht“, meint er.

Zur Sprache kam auch die hohe Verkehrsbelastung auf der B 37/45. Denn die Pendler aus dem Neckartal Richtung Heidelberg und Mannheim wälzen sich durch die Vierburgenstadt – während der Sperrung der S-Bahn-Strecke zwischen Eberbach und Neckargemünd sind es noch mehr als sonst. Deshalb will Pfeifer mit Nachdruck eine mögliche Umgehungsstraße weiter verfolgen.



Karin Hartmann, Sven Wingerter, Herold Pfeifer und Organisator Ulrich Wellhöfer beim Leseproben-Pflücken auf der Buchmeile

SVEN
WINGERTERErststimme zur
BundestagswahlFür die Vielen.
Bei uns im Gorxheimertal,
im Überwald und im Neckartal.SPD Soziale
Politik für
Dich.

Eine kleine Rezeptidee

Weißwurstgulasch – Lecker und schnell gemacht

Zutaten für 2 Personen:

400 g Weißwürste	2 EL Öl
1 rote Zwiebel	20 g Butter
200 g Champignons	Salz, Pfeffer
200 ml Schlagsahne	2 EL Süßer Senf
2 Stiele Majoran	Etwas Mehr

Anschließend die Zwiebelstückchen und die Champignons zusammen mit der Butter in die Pfanne geben. Etwa 2 Minuten kurz anbraten und anschließend mit der Sahne ablöschen. Dann mit Salz und Pfeffer würzen und aufkochen. Senf und Majoran hinzugeben und ein paar Minuten einkochen lassen.

Am Ende die Wurststückchen dazugeben, um sie in der Sauce wieder etwas zu erwärmen.

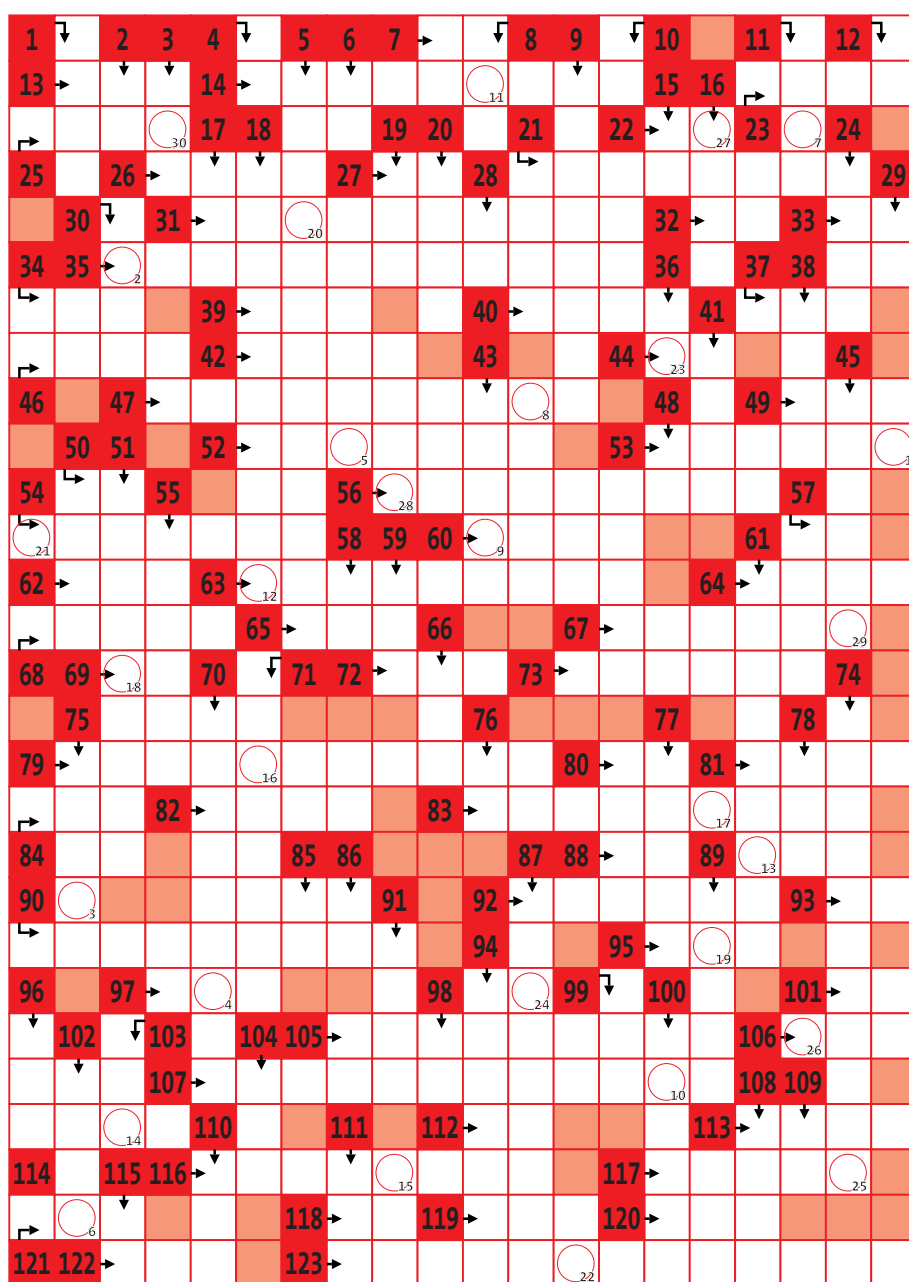
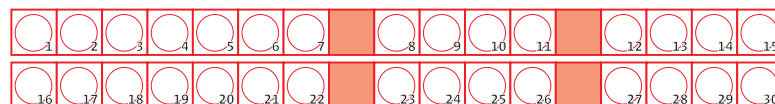
Zubereitung:

Die Haut von den Weißwürsten abziehen und diese dann in Scheiben schneiden. Zwiebel fein würfeln. Champignons putzen und in Hälften oder Viertel schneiden.

Die Wurstscheiben in etwas Mehl wenden und das überschüssige Mehl abschütteln. In einer Pfanne das Öl erhitzen und die Wurstscheiben rundherum anbraten. Dann herausnehmen und beiseitestellen.

weitere tolle Rezepte
auf Seite 4 und im Internet
www.svenwingerter.de

- | | |
|--|--|
| 1) benachbarter Planet | 62) Zeitmessgerät |
| 2) Abk. Vereinte Nationen | 63) südhess. Regierungspräsidium |
| 3) Abk. Mitteleuropäische Zeit | 64) berühmte Person |
| 4) Einheit der elektrischen Leistung | 65) Abk. Leitender Kriminaldirektor |
| 5) zwischen verschiedenen Staaten | 66) nicht glatt |
| 6) Abk. Höhe über Meeresspiegel | 67) gemeinnützig |
| 7) Abk. Eingetragener Verein | 68) aus der Sonnenkraft |
| 8) Verkehrsverbund | 69) Abk. Sachsen |
| 9) freiwilliges Engagement | 70) Arbeitskreis eines Parlaments |
| 10) öffentlicher Rundfunk in Hessen | 71) ehemaliges Fürstentum |
| 11) Ort für Kinderbetreuung | 72) Abk. Bundesrepublik Deutschland |
| 12) Autokennzeichen Heidelberg | 73) Bundesland |
| 13) Abk. Agrarumweltmaßnahmen | 74) Café, Hotel, Restaurant |
| 14) Direktkandidat für den Bundestag | 75) Arbeiterblume zum Ersten Mai |
| 15) Tonleiter: do-re-... | 76) Fernseher |
| 16) Studierendenvertretung an Hochschulen | 77) Bürgermeister von Viernheim |
| 17) Autokennzeichen Odenwaldkreis | 78) privater Fernsehsender |
| 18) Listenkandidatin für den Bundestag | 79) Erhalt der Umwelt |
| 19) Abk. hessisches Kompetenzzentrum gegen Extremismus | 80) Abk. Selbstbedienung |
| 20) Rechenzeichen für Addition | 81) weiblicher, erwachsener Mensch |
| 21) Volksvertretung im Landkreis | 82) Abk. Schienenpersonennahverkehr |
| 22) Autokennzeichen Mannheim | 83) Zeitung der SPD |
| 23) junger Mensch | 84) asiatische Währung |
| 24) Energieversorger in Bensheim | 85) Abk. zum Beispiel |
| 25) Sammelbehälter für Stimmzettel | 86) Flächeneinheit |
| 26) tragbare Übernachtungsmöglichkeit | 87) Fremdenverkehr |
| 27) Autokennzeichen Kreis Bergstraße | 88) dort/hier |
| 28) Abk. Arbeitsgemeinschaft | 89) körperliche Bewegung |
| 29) ready - steady - ... | 90) möglich zu finanzieren |
| 30) Abk. Europäischer Gerichtshof | 91) Region in oberrheinischer Tiefebene |
| 31) gespartes Geld | 92) Bahnstrecke |
| 32) engl. nach | 93) Abk. Richtlinie |
| 33) Abk. Grundgesetz | 94) Interessengemeinschaften, Clubs |
| 34) Lokalbahn durch Viernheim | 95) älteste deutsche Partei |
| 35) fester Grundsatz | 96) Abk. Deutscher Gewerkschaftsbund |
| 36) Abk. Bahnhof | 97) Abk. Jugendzentrum |
| 37) großes Straßenfahrzeug | 98) Abk. unter anderem |
| 38) Lichtspielhaus | 99) engl. Tee |
| 39) Träger des Erbguts bei Lebewesen | 100) Zuhause |
| 40) Zweckverband zur Abfallentsorgung | 101) Abk. Nummer |
| 41) Motto der SPD: „Soziale Politik für ... | 102) Chemiekonzern |
| 42) Teesorte: ... Grey | 103) franz. See |
| 43) Bedürftigkeit/Mittellosigkeit | 104) engl. eins |
| 44) Autokennzeichen Fulda | 105) Organisation zur Brandbekämpfung |
| 45) weltweit | 106) Hauptstadt Italiens |
| 46) Widerhall | 107) Gemeinschaftlichkeit |
| 47) Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel | 108) Unterhaltungskünstler auf YouTube |
| 48) Abk. Sportclub | 109) lat. und |
| 49) Gewerkschaft im DGB | 110) Automobilhersteller |
| 50) Abk. Einwohner | 111) ital. sechs |
| 51) ausreichender Besitz von Gütern/Geld | 112) Personalpronomen |
| 52) hessisch für Weingarten | 113) Grundnahrungsmittel |
| 53) Kanzlerkandidat | 114) kleines Fließgewässer |
| 54) rätseln | 115) Fragewort |
| 55) ehemaliger Kanzler | 116) größte Stadt im Landkreis |
| 56) Bundesjustizministerin | 117) Nutzungsentgelt für eine Wohnung |
| 57) Zuggattung im Nahverkehr | 118) Abk. Europäische Union |
| 58) Abk. römisch-katholisch | 119) jetzt |
| 59) Abk. Bundestagsabgeordnete(r) | 120) Kürzel neuseeländ. Fluggesellschaft |
| 60) Abk. Überwald-Gymnasium | 121) Abk. Freiwillige Feuerwehr |
| 61) Figur in der Nibelungensage | 122) Abk. Odenwald |
| | 123) Mitteleinsätze für zukünft. Entwicklung |

Lösung vom
Kreuzwort-
rätsel:Die Lösung ist zu finden auf der Internetseite: www.svenwingerter.de/meine-motivation/

Ihr Kontakt zu uns:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Unterbezirk Bergstraße -
Marius Schmidt (Vorsitzender)
 Rebenstraße 18
 64646 Heppenheim
 Myriam.Strein@spd.de
 www.spd-bergstrasse.de

Sven Wingerter (Direktkandidat)
 Dürr-Ellenbacher-Straße 29
 69483 Wald-Michelbach
 mail@svenwingerter.de
 www.svenwingerter.de

Impressum

SPD Bergstraße (Hrsg.)
 Sven Wingerter (V.i.S.d.P.)
 Michael Kosbau (Redaktion)
 Markus Mendetzki (Gestaltung)
 Redaktionsschluss: 02.09.2021
 Auflage: 12.000 (Regionalausgabe)

SPD Soziale
Politik für
Dich.